

# Zu(g)geständnisse gefordert

Wer A sagt, muss auch B sagen / Beirat Mitte sieht Senat und Bürgerschaft in der Pflicht

VON  
BETTINA GÖSSLER

Von seiner Haltung zur  
Bahnärmproblematik und  
zum Bau der Oldenburger  
Kurve weicht der Beirat Mit-  
te nicht ab.

WEST „Wer A sagt, muss auch  
B sagen“, bringt Ortsamtsleiter  
Robert Bücking den Stand-  
punkt des Kommunalparlaments  
auf den Punkt und meint:  
„Wir sehen den Senat und die  
Bürgerschaft in der Pflicht. Sie  
haben den Ausbau

der Häfen und die Beteiligung  
Bremens am Jade-Weser-Port  
beschlossen, weil sie sich davon  
wirtschaftliche Vorteile für das  
Land versprochen. Rund eine  
Milliarde Euro an Steuergeldern  
wurden investiert. Davon profitiert  
natürlich die lokale Wirtschaft.  
Es kann aber nicht sein, dass das  
auf dem Rücken der kleinen  
Bürger ausgetragen wird.“

Wie sehr die bereits unter dem  
aktuellen Bahnärm leiden, wurde  
am vergangenen Montag während  
der jüngsten Sitzung des Beirates  
erneut deutlich. Bewohner des  
Stephaniquartiers, aus Findorff  
und Utbremen schilderten die

Situation: Man könne nachts  
nicht schlafen und nicht lüften.  
Die neuen Betonschwellen, die  
die Bahn auf vielen Strecken  
gelegt hat, würden für noch mehr  
Erschütterungen sorgen. Außerdem  
wirbeln Züge viel Staub auf.  
Derzeit sind es nur 70 Güterzüge  
täglich, die besagte Probleme  
schaffen. Nach Fertigstellung  
des Jade-Weser-Ports und des  
Baus der Oldenburger Kurve  
sollen es in gleichem Zeitraum  
bis zu 140 sein.

Folglich müsse eine umfassende  
Lärmschutzanleiher, so der Beirat.  
Weil sich Stadt und Bahn gegenseitig  
den schwarzen Peter zuschle-

ben, wenn es um die Finanzierung  
geht, fordert der Beirat die  
Stadtväter auf, ihr Faustpfand zu  
nutzen. Bei den Verhandlungen  
über den Verkauf des Grundstücks,  
auf dem die Oldenburger Kurve  
gebaut werden soll, müsse der  
Senat Zugeständnisse von der  
Deutschen Bahn fordern, die über  
das gesetzlich vorgeschriebene  
Maß an Lärmschutz hinausgehen.  
Aktuell besteht die Bahn darauf,  
nur den neu zu erschließenden  
Bereich „schalldämmend  
einzumauern“.

Lesen Sie zum Thema auch  
die Meldungen „Ortsbegehung  
mit Bücking“ und „Lärmabhängige  
Trassenpreise“.



Viele Anwohner empfinden es so, als rausche die Bahn nicht am Haus vorbei, sondern hindurch.

Foto: av

## Ortsbegehung mit Bücking

**FINDORFF** Nach der Fertigstellung des Jade-Weser-Ports 2012 wird der Güterverkehr auf der Strecke von Wilhelmshaven nach Bremen drastisch zunehmen. Aktuell plant die Deutsche Bahn in diesem Zusammenhang umfassende Ausbaumaßnahmen im Bereich des „Bremer Knotens“ – so soll die „Oldenburger Kurve“ westlich des Hauptbahnhofs einen zweiten größeren Bogen erhalten (siehe Artikel oben). Die Grünen in Findorff laden deshalb am Freitag, 30. September, um 16.45 Uhr zu einer Begehung des Gleisgeländes im Bereich der Oldenburger Kurve ein. Treffpunkt ist die Bahnunterführung Hemmstraße, Ecke Kastanienstraße. Dort kann man sich – gemeinsam mit dem Leiter des Ortes Mitte, Robert Bücking, und Vertretern des Ortes West sowie des Beirates Findorff – von der drohenden Belastung für den Bremer Westen und die besondere Betroffenheit Findorffs durch den massiv anwachsenden Bahnlärm überzeugen. (eb)

## Lärmabhängige Trassenpreise

**WEST** Die schwarz-gelbe Bundesregierung will nicht gegen Bahnlärm aktiv werden. Allein die Deutsche Bahn soll für die Umsetzung lärmabhängiger Trassenpreise zuständig sein. Und die plant erst für 2020/21 eine Erhöhung der Trassenpreise für den Fall, dass der Lärmschutz nicht ausreichend ist. Auch den Schienenbonus, mit welchem man beim Bahnlärm vom tatsächlichen Schallpegel pauschal fünf Dezibel (A) abzieht, will Schwarz-Gelb jetzt nicht mehr umgehend abschaffen. Stattdessen soll er nur entsprechend der verfügbaren Haushaltsmittel angetastet werden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor.

Für viele Bremer bedeutet das, dass sie sich über viele Jahre auf mehr Bahnlärm einstellen müssen. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe: „Eine erhebliche Zunahme des Güterzugverkehrs durch Bremen ohne effektiven Lärmschutz ist nicht akzeptabel. Die Bundesregierung und Bahn schieben das Problem auf die lange Bank. Das Ziel, die Lärmbelastung in Brennpunkten wie Bremen bis 2020 um mindestens 50 Prozent zu verringern, ist damit in weite Ferne gerückt.“

Bahnlärm macht genauso krank wie Flug- oder Straßenlärm. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Schienenbonus rasch abgeschafft wird. Lärmabhängige Trassenpreise sind sinnvoll. Aber sie müssen früher greifen. Das würde auch den Druck erhöhen, schneller auf Güterzüge mit leiseren Bremsystemen umzurüsten.“ (red)